

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

DI Andreas Drack,
Klimaschutzbeauftragter des Landes OÖ

9. Juni 2017

zum Thema

Klimaschutz: Ganz Österreich schimpft über Klimakiller Trump. Aber wie steht die Umsetzung der Klimaziele bei uns?

Der Fahrplan zur Erstellung einer bundesweiten Klimastrategie bis zum Sommer scheint gescheitert. OÖ will den Klimaschutz wieder auf Schiene bringen

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Klimaschutz: ganz Österreich schimpft über "Klimakiller" Trump. Aber wie steht die Umsetzung der Klimaziele bei uns? Der Fahrplan zur Erstellung einer bundesweiten Klimastrategie bis zum Sommer scheint gescheitert. OÖ will den Klimaschutz wieder auf Schiene bringen.

Ganz Österreich kritisiert den Kurs des US-Präsidenten gegen den Klimaschutz. Aber auch in Österreich stockt die Umsetzung des Klimaschutzvertrages. Der erste Schlüssel der Umsetzung des Weltklimavertrages in Österreich, die Klimastrategie (noch ohne Maßnahmen) sollte bis 27. Juni vom Ministerrat beschlossen werden. Dieser Termin scheint mittlerweile völlig unrealistisch, die Arbeiten stocken, die Bundesländer werden seit Wochen nicht mehr eingebunden. Es scheint völlig unrealistisch, dass es am 27. Juni noch zu einer Beschlussfassung kommt, viele Insider vermuten sogar, dass ein Beschluss bis zum Wahltag ausbleibt. Aktuelle Maßnahmen fehlen, die Beschlussfassung des Ökostromgesetzes befindet sich in der Sackgasse.

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober wird daher bei der Konferenz der Landesumweltreferent/innen am 23. Juni in Gmunden die Initiative ergreifen, um den österreichischen Klimaschutzzug wieder auf Schiene zu bringen.

Ziele des Weltklimavertrags von Paris

Das Ziel des Übereinkommens von Paris ist es, die globale Erwärmung durch den menschengemachten Klimawandel auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad Celsius, im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung zu beschränken und möglichst rasch in der 2. Hälfte dieses Jahrhunderts eine globale Dekarbonisierung, also ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und Kohlenstoffbindung

(z.B. durch Wälder) zu erreichen. Für viele Expert/innen bedeuten die Vorgaben, dass die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas im Fall des Zwei-Grad-Ziels zwischen 2050 und 2070 komplett enden muss. Im Übereinkommen ist ein Prozess vorgesehen, in dem Länder freiwillig Klimaziele einbringen, welche im Rhythmus von fünf Jahren verschärft werden sollen.

Konsequenzen für den Europäischen Klimaschutz: Ziele für Mitgliedstaaten

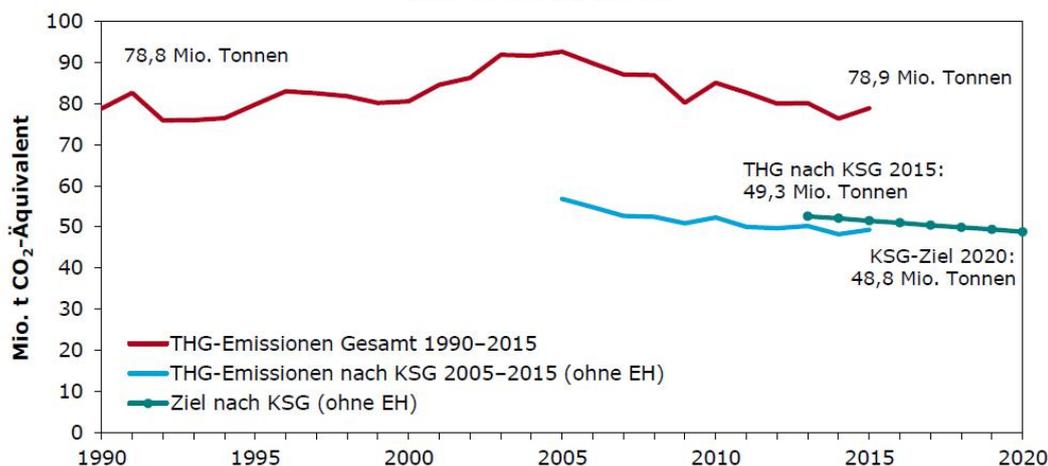
Die EU hat bereits sein Klimaschutzziel vor der Pariser Konferenz festgelegt, nämlich eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 % bezogen auf 1990. Dieses Ziel wird auf zwei Ebenen erreicht: Im Bereich Emissionshandel gibt es ein EU-Gesamtziel für alle Großemittenten (Industrie, Kraftwerke). Die restlichen Sektoren wie Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, usw. („Nichtemissionshandelsbereich“) werden im Rahmen von Klimaschutzzielen in den einzelnen EU-Staaten geregelt. Für Österreich gibt es den Vorschlag eines Ziels von minus 36 % Treibhausgasreduktion 2005/ 2030.

Für die Detailregelungen hat die Europäische Kommission im Vorjahr Vorschläge vorgelegt, die nun einem Verhandlungsprozess unterliegen. In wesentlichen Bereichen sind die Eckpfeiler durch das Pariser Übereinkommen festgelegt, insbesondere betreffend Vorlage von Klimaschutzzielen und dazugehörigen Strategien. So sollen laut Vorschlag der EU vom 30.11.2016 („Winterpaket“) die Mitgliedsländer bis spätestens 1.1.2019 integrierte nationale Energie- und Klimapläne (IEKP) an die EU-Kommission übermitteln. Darin enthalten sein sollen u.a. Maßnahmenpläne inkl. einer Bewertung der Effekte und Kosten.

Bilanz: Treibhausgase in Österreich

Die Österreichischen Treibhausgasemissionen sind im letzten bilanzierten Jahr 2015 ziemlich genau auf dem Niveau des Ausgangsjahrs 1990. Seit einer Spitze im Jahr 2005 nehmen die Emissionen trendmäßig ab. Die höchsten Reduktionen 1990-2015 wurden im Sektor Gebäude erreicht, während im Verkehrsbereich Zuwächse zu verzeichnen waren.

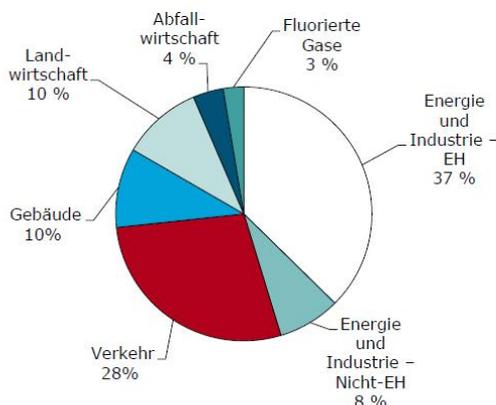
Verlauf der österreichischen THG-Emissionen 1990–2015 und Ziel nach KSG



Quelle: Umweltbundesamt (2017)

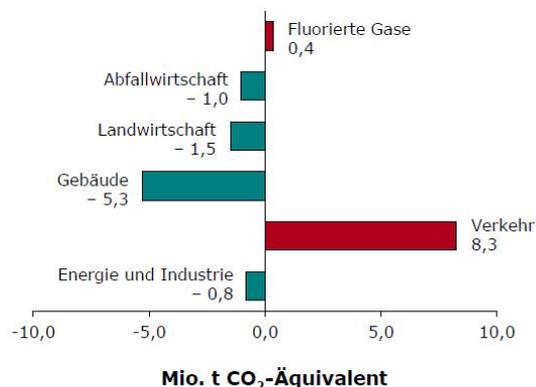
umweltbundesamt

Anteil THG-Emissionen 2015



Quelle: Umweltbundesamt (2017)

Änderung der Emissionen zwischen 1990 und 2015



umweltbundesamt

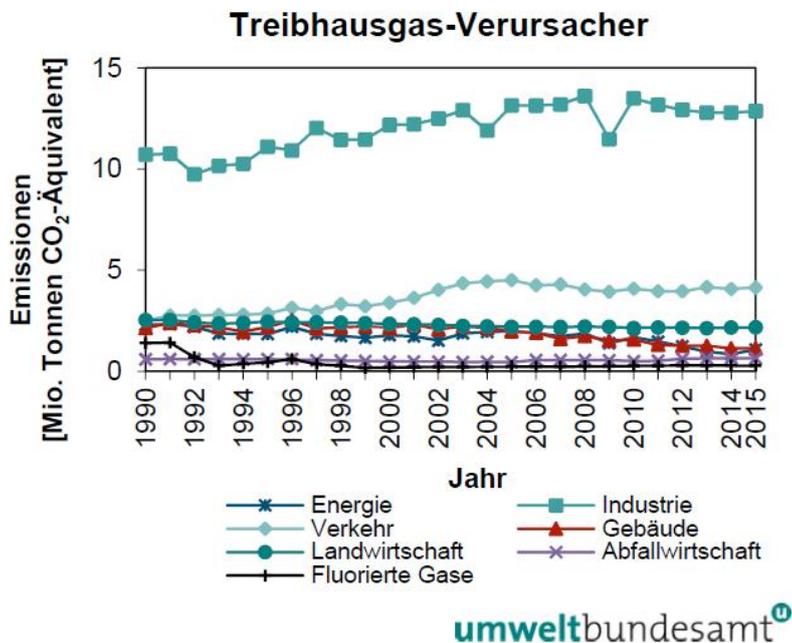
Bilanz: Treibhausgase in Oberösterreich

Für Oberösterreich ergibt sich die Sondersituation, dass die Emissionen im Emissionshandel (insbesondere Industrie) mit 56% den höchsten Beitrag stellen. Die Grundtendenz in den einzelnen Sektoren ist durchaus mit dem Bundestrend vergleichbar. In Oberösterreich sind die Reduktionen bei den Treibhausgasemissionen im Bereich der Gebäude mit -46,1% (Ö: -39,8%) sowie im Sektor Energie (Oö.: -53,3%; Ö.: -27,5%) höher. Im Verkehrsbereich sind die Emissionszunahmen im Inlandsverkehr geringer (Oö.: +35,6%; Ö.: + 52,3%).

Hauptverantwortlich dafür, neben den politischen Rahmenbedingungen der letzten beiden Legislaturperioden, ist eine breite Klimaschutzbewegung - mittlerweile sind 296 Gemeinden, 193 Schulen, über 600 Betriebe im Klimabündnis OÖ für den Klimaschutz aktiv und zusätzlich die 13 Klima- und Energiemodellregionen (KEMs) aktiv in der Region tätig.

Die neue Oö. Landesenergiestrategie „Energie-Leitregion OÖ 2050“, welche durch die Mehrheit in Landtag und Landesregierung beschlussgefasst wurde, kann den Anteil Oberösterreichs an der notwendigen Erreichung der Ziele des Weltklimavertrages von Paris nicht garantieren, denn die planbaren Ziele der Energiewende wurden relativen und beliebigen Zielsetzungen unterworfen – so stehen nun statt der 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern 80 bis 97% je nach wirtschaftlicher Entwicklung als Zielkorridor festgeschrieben – so kann der globale Klimaschutz nicht gelingen, ist zu befürchten.

Grafik: Treibhausgas-Verursacher in Oberösterreich



Nationale Klima- und Energiestrategie – vor dem Scheitern?

Erste Abschätzungen des Umweltbundesamtes zeigen, dass in Bezug zum vorgeschlagenen nationalen österreichischen Klimaziel von minus 36% im Jahr 2030 eine Lücke von 8 Mio. t CO₂-äquiv. bestehen würde, falls keine zusätzlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

Gerade deshalb würde es einer Rahmenstrategie des Bundes – eingebunden in Europäische Zielvorgaben innerhalb des Regimes des Pariser Weltklimavertrages – ganz dringlich bedürfen, doch die Entwicklungen sind fehlgeleitet trotz vollmundiger Ankündigungen noch zu Jahresbeginn. So hat die österreichische Bundesregierung im Jänner 2017 im Zuge der Überarbeitung des Regierungsprogrammes festgelegt: bis spätestens Ende Juni wird ein Entwurf für eine neue österreichische Klima- und Energiestrategie erarbeitet und an diesem Tag im Ministerrat beschlossen.

3.4 Energie- und Klimastrategie

Bis Sommer 2017 wird die gemeinsame integrierte Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung fertig gestellt und im Ministerrat beschlossen. Ziel ist eine Strategie, die aus volkswirtschaftlicher Sicht das Optimum für Österreich bringt, indem sie Rahmenbedingungen für Investitionen und damit Wachstum und Arbeitsplätze schafft. Die Schwerpunkte sind neben Erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und Infrastruktur deshalb auch Innovation und Forschung, sowie die Forcierung von Umwelt- und Energietechnologien. Dabei werden soziale, wirtschaftliche und technologische Veränderungsprozesse berücksichtigt. Das Zielquadrat Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Leistbarkeit, Versorgungssicht, sowie EU 2030 & Pariser Klimaziele bilden den Rahmen für das Weißbuch (= Energie- und Klimastrategie).

Umsetzung: Ministerrat im Ende Juni 2017

Quelle: FÜR ÖSTERREICH; Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/18

Geplant wurde, dass diese Strategie von folgenden Ministerien erarbeitet wird:

- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Weiters beteiligt wurden nach Erstellung des Grünbuchs das Bundeskanzleramt, wie auch das Finanzministerium.

Geplant war ebenfalls, dass die Bundesländer umfassend einbezogen werden. Hierzu beschloss die Konferenz der Landesklimaschutzreferent/innen im März dieses Jahres u.a., dass dies schon bei der redaktionellen Erstellung der einzelnen Kapitel erfolgen soll. Im Rahmen der Einbindung von drei Ländervertretern im Steuerungsgremium konnte bereits Konsens zur Kapiteleinteilung und dem Zeitplan erreicht werden.

Noch nicht beinhalten sollte diese Strategie Maßnahmenpakete - sodass anschließend nach der Beschlussfassung der Integrierten Klima- und Energiestrategie ein weiterer Arbeitsprozess für die Festlegung von Maßnahmen erforderlich gewesen wäre.

Für Insider ist klar: Zwei Wochen vor diesem Zieltermin für die Beschlussfassung der Klima- und Energiestrategie ist klar, dass dieser Fahrplan gescheitert ist - es wird die beschlossene und zugesagte Beschlussfassung bis Sommer nach aktuellem Stand nicht geben. Die Weiterarbeit erfolgt interministeriell ohne weitere Einbindung der Länder.

Hintergrund ist, dass der Bund zuerst eine Einigung zwischen den Ministerien erreichen will und erst dann eine Einbindung der Länder vorgesehen ist. So gibt es bisher zwar Textvorschläge zu den einzelnen Kapiteln, aber noch Änderungsbedarf im interministeriellen Prozess. Es bleibt offen, welche Fortschritte noch bis zur Wahl auf Ministeriumsebene erreicht werden können.

OÖ als Zugpferd: Konferenz der Landesumweltreferent/innen am 23. Juni

LR Rudi Anschober lädt die Umweltreferent/innen der Bundesländer sowie den Umweltminister für 23. Juni 2017 zur gemeinsamen Konferenz nach Gmunden ein. Dabei will Oberösterreich u.a. eine Initiative für einen Neustart des Arbeitsprozesses für die Klima- und Energiestrategie beantragen, denn wie in den USA werden auch in Österreich die Bundesländer den Versäumnissen des Nationalstaates nicht tatenlos zusehen und das Handeln einfordern.

Aus der Sicht von LR Anschober wäre es durchaus bei entsprechendem Willen noch möglich, bis Ende September Beschlussfassungen zur

Integrierten Energie- und Klimastrategie sowie wichtige Klimaschutz-Sofortmaßnahmen zu erreichen.

Die Klimaschutzreferent/innen der Bundesländer unterstrichen schon mehrfach die Notwendigkeit, im Bereich der Ökologisierung im Steuerwesen aktiv zu werden. Das Ökostromgesetz sollte noch rascher, nämlich bis Anfang Juli novelliert werden, um den Stau der vielen genehmigten Ökostromanlagen abbauen zu können. Gerade dieser Bereich der Ökostromanlagen erweist sich immer mehr als der Jobmotor schlechthin.

Anschober abschließend: „Österreichs Klimaschutz-Zug holpert, teilweise steht er still. Es braucht jetzt einen klaren politischen Auftrag, um ihn wieder auf Tempo zu bringen. Dafür wollen wir bei der Umweltreferent/innenkonferenz in zwei Wochen in Gmunden sorgen.“